SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung

Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksvertretung

FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung

Herrn Bezirksbürgermeister Bialas
der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg

	Datum 07.03.2022
Gemeinsamer Änderungsantrag	**Drucks. Nr.** **VO/0296/22** öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
08.03.2022	**BV Langerfeld-Beyenburg**

Änderungsantrag zu den Drucksachen VO/0249/22 und VO/0250/232 der SPD, FDP, die Linke

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg möge beschließen, die Verwaltung wird aufgefordert:

1. Der BV kurzfristig Informationen und Daten zur Verfügung zu stellen über
   a. die inhaltlichen Angebote des Einwohnermeldeamtes in Wuppertal,
   b. die inhaltlichen Angebote einer Außenstelle des Einwohnermeldeamtes in Wuppertal,
   c. die inhaltlichen Angebote der Bezirksverwaltungsstelle Langerfeld seit 2016 bis zur Schließung 2020,
   d. die tatsächliche personelle Besetzung der Bezirksverwaltungsstelle Langerfeld in Personalstunden pro Woche und Umrechnung dieser Personalstunden in ein Stellenäquivalent,
   e. die tatsächliche Fallzahlen der Bürger*innenkontakte einzeln aufgeschlüsselt für die Jahre 2016 bis zur Schließung.

2. Der BV mitzuteilen, wie die Verwaltung sich die weitere Entwicklung des Gebäudes vorstellt, bzw. welche konkreten Planungen vorliegen.

3. Ein Kostenermittlung für den barrierefreien Zugang zum Gebäude der Bezirksverwaltungsstelle Langerfeld durchzuführen und der BV mitzuteilen.

4. Eine Berechnung der Folgen für das Klima vorzunehmen, insbesondere unter der Prämisse, dass dauerhaft anstelle zweier Verwaltungsangestellter dann tausende Bürgerinnen und Bürger eine längere Distanz zurückzulegen haben.

5. Ein möglicherweise vorhandenes Konzept temporärer Serviceangebote vor Ort der BV mitzuteilen, bzw. ein derartiges Konzept zu entwickeln oder weiterzuentwickeln, insbesondere unter Berücksichtigung mobiler Elemente (wie beispielsweise dem „Mobi-Mobil“ der der WSW).

Unterschrift

Hasenclever, Klein, Meves-Herzog

Begründung

Die de-facto Schließung der Bezirksverwaltungsstellen in Langerfeld und Cronenberg (wörtlich seitens Herrn Nocke am 01.03.2022 bei der WZ im Fernsehinterview: „Die bleiben auch zu. Der Rat entscheidet noch.“) ist bisher ein reines Verwaltungshandeln. Der derzeit gültige Beschluss des Rates zur Hauptsatzung sieht sowohl die Bezirksverwaltungsstelle Langerfeld als auch Cronenberg auch in ihrer Leistungsausprägung als Bürgerbüro vor. Die Stellung der BV Langerfeld zu diesem Sachverhalt ist in der Drucksache VO/0178/22 dargelegt und wurde mehrheitlich als Beschluss gefasst.

Dennoch verschließt sich die Bezirksvertretung keiner zukunftsgerichteten Diskussion. Um verlässlich mitdiskutieren zu können, ist es aber zwingend notwendig, dass die Bezirksvertretung Faktenkenntnis erlangt, die derzeit lediglich die Stadtverwaltung hat oder die es für eine ernsthaft und aufrichtig geführte Debatte zuvörderst zu erheben gilt.

Unser letztbekannter Stand ist, dass zwei Mitarbeiter*innen an einem Tag der Woche für 8 Stunden das Bürgerbüro Langerfeld betrieben. Hieraus ergeben sich 16 Stunden mal 4 Wochen im Monat, also 64 Stunden im Monat. Der gleiche Stundenumfang aufgeteilt auf zwei halbe Tage liegt unserer Kenntnis nach in Cronenberg vor. Das wären gesamt 128 Stunden im Monat für beide Standorte. Bei einer 38 Stunden-Woche ergeben sich für eine Person eine Monatsarbeitszeit von 152 Stunden. Selbst wenn man noch Urlaubs-, Ausfalls- und Krankenzeiten hinzurechnet ergibt sich kein Bedarf an 7 Stellen.

Auch lässt sich mittlerweile der zuständigen Dezernent mehrfach dahingehend ein, dass die realen Kontakte eines Bürgers über 24 Jahren mit dem Einwohnermeldeamt (und dementsprechend wohl auch mit einer Bezirksverwaltungsstelle als Außenstelle des Einwohnermeldeamtes) sich auf ein einziges Mal in 10 Jahren beschränken würden. Dies gilt es zu prüfen und eine verlässlichere Zahl der tatsächlichen Kontakte und damit verbundener Bedürfnisse der Bürer*innen zu ermitteln.

Auch das Thema Klimaschutz, insbesondere des CO2 Ausstoßes und der Feinstaubbelastung ist zu berücksichtigen. Gibt es also einen Unterschied, ob zwei Personen zur Bezirksverwaltungsstelle nach Langerfeld fahren oder über Jahre Tausende mindestens eine längere Wegstrecke vermutlich mehrheitlich motorisiert überwinden müssen? Daher ist eine Gegenüberzustellung zu erarbeiten, welche Umfänge an Fahrtstrecken zu erwarten und demensprechend zurückzulegen wären und welche klimatechnische Belastung dies ausmacht.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

☐ neutral /nein

☐ ja, positive Auswirkungen

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung: